

Anschläge auf Partei Son Sanns

Bei zwei Granatenanschlägen auf Anhänger des ehemaligen Ministerpräsidenten Son Sann sind Ende September über 30 Menschen verletzt worden. Unbekannte hatten einen Angriff auf das Haus des 83jährigen sowie auf einen nahegelegenen Tempel durchgeführt. An beiden Orten hatten sich zahlreiche Anhänger Son Sanns versammelt, um den am nächsten Tag beginnenden Kongreß der von ihm geführten Fraktion der Buddhistischen Liberaldemokratischen Partei (BLDP) zu besuchen. Die Regierung hatte den Kongreß vorab für illegal erklärt und mit Straßenblockaden und dem Einsatz schwerbewaffneter Militärpolizei die Anreise von BLDP-Mitgliedern nach Phnom Penh zu verhindern versucht. Das Verbot des Kongresses, der im Olympiastadion stattfinden sollte, war wegen drohender Gewalttaten ausgesprochen worden. Anhänger Son Sanns warfen der Regierung vor, auf diese Weise im BLDP-internen Streit Partei für die rivalisierende Fraktion des Informationsministers Ieng Mouly zu errei-

fen. Internationale Menschenrechtsorganisationen wie Amnesty International verurteilten die Gewalt und die zunehmende Bedrohung der Versammlungsfreiheit in Kambodscha. Die Regierung versprach eine Untersuchung.

Sprecher Son Sanns kritisierten, daß Tausende durch Einschüchterung vom Besuch des Kongresses abgehalten worden seien. Ein von Son Sanns Rivalen Ieng Mouly eingesetzter Polizeigeneral hatte Kontrollen und Absperrungen in der Provinz damit begründet, daß die Polizei ohne ihre Maßnahmen die Seite Son Sanns unterstütze, sich jedoch neutral verhalten müsse. Journalisten waren angewiesen worden, nicht über den Kongreß zu berichten.

Trotz der massiven Behinderungen wurde der Kongreß mit 1000 bis 1500 Teilnehmern auf und vor dem Grundstück Son Sanns abgehalten und der 83jährige als BLDP-Präsident bestätigt.

Die BLDP verfügt über 10 der 120 Sitze in der Nationalversammlung. Trotz ihrer Regierungsbeteiligung übten eini-

ge Mitglieder, die zu den Anhängern Son Sanns zu rechnen sind, wiederholt Kritik an der Regierung. Kem Sokhe, Vorsitzender der Menschenrechtskommission, kritisierte z. B. geheime Verträge zwischen Regierung und ausländischen Firmen sowie die Beschneidung der Pressefreiheit. Son Sann selbst hat sich u. a. mehrfach für eine Aussöhnungspolitik gegenüber den Khmer Rouge eingesetzt. Sein Rivale Ieng Mouly hatte im Juli

einen eigenen Parteikongreß einberufen und sich dort in Abwesenheit der Son-Sann-Fraktion zum neuen Parteipräsidenten wählen lassen. FUNCINPEC- und CPP-Mitglieder hatten durch ihre Anwesenheit die Unterstützung Ieng Moulys signalisiert. Bereits im Juli werteten Beobachter dies als einen Beleg dafür, daß die herrschende Elite auch innerhalb der Regierung jegliche Opposition neutralisieren wolle.

Vgl. PPP 6.10., 25.8., 28.7.; AW 13.10.; taz 2.10.95



aus: PPP v. 6.10.95, S. 3

UNESCO-Schutz für Angkor Wat gefährdet

Ende Dezember wird in Berlin über die weitere Anerkennung Angkor Wats als schützenswertes Erbe der Menschheit entschieden. Wie ein UNESCO-Sprecher erklärte, bereite die fehlende Erfüllung von Auflagen durch die Regierung in Phnom Penh Probleme für eine positive Entscheidung. Insbesondere fehle bisher der Schutz der Tempelanlage durch ein nationales Gesetz Kambodschas. Nach Auskunft eines Regierungsvertreters soll ein entsprechendes Gesetz ebenso wie eine nationale Organisation zum Schutz der Anlage bis Dezember existieren.

Zwei internationale Hotelketten verhandeln gerade mit der Regierung über die Errichtung von Luxushotels. Nach einem 35prozentigem Anstieg der Touristenzahlen in den ersten sechs Monaten erwartet das zuständige Ministerium 1995 insgesamt 250.000 Besucher (1994: 170.000).

Vgl. BMW 31.10., AW 8.9., 29.9.95

Geldwäsche

Einem vertraulichen Bericht der kambodschanischen Nationalbank zufolge ist Kambodscha immer mehr zu einem Ziel internationaler Geldwäsche geworden. Die Schwäche des Rechtssystems, schwache Grenzkontrollen sowie die wenig ausgeprägte Überwachung des Bank- und Finanzwesens werden als Ursache genannt. Allein 19 der 29 Banken werden nach Presseberichten als reine Geldwäscheinstitute betrachtet. Dazu kommen noch zahlreiche Nachtclubs, Restaurants und Luxusgeschäfte.

Zunehmend scheint es internationale Kriminelle nach Kambodscha zu ziehen. Laut Interpol haben 150 bis 300 internationale Gesuchte dort Unterschlupf gefunden. Das Land werde als Transitland für Drogen aus dem Goldenen Dreieck immer bedeutsamer. Als wichtigste Maßnahme wird im Bericht der Nationalbank die baldige Verabschiedung des seit längerem geplanten Anti-Geldwäsche-Gesetzes verlangt.

Vgl. FEER 12.10.95

Zeitungsbüro verwüstet

Ende Oktober drangen etwa 150 Bewohner der Gemeinde Kraingyov (Provinz Kandalin) in das Büro der "Neuen Freiheit Nachrichten" in Phnom Penh ein und zerstörten Computer und Einrichtungstücke im Wert von 14.000 US\$. 3.250 US\$ Bargeld wurden gestohlen. Anlaß des Überfalls war ein Bericht über die Gemeinde, in dem ein schlecht durchgeführter Deichbau für Überschwemmungen verantwortlich gemacht wurde. Ministerpräsident Hun Sen verteidigte die Aktion der Dorfbewohner: Sie

hätten nur ihre Ehre verteidigt. Sollten für den Transport zu weiteren Aktionen in Phnom Penh zusätzliche Fahrzeuge benötigt werden, so könne er helfen. Kritiker des Kraingyov-Projekts gehörten zu den Khmer Rouge. Die Zeitung habe selbst Schuld an den Zerstörungen, ergänzte Co-Innenminister Sar Kheng, denn sie habe unwahre Informationen verbreitet. Internationale und örtliche Menschenrechtsgruppen verurteilten dagegen den Überfall auf das Zeitungsbüro.

Vgl. PPP 3.11.95

Fortsetzung der Koalition bis 2010

CPP-Führer Hun Sen erklärte Ende September in einer Rede, er werde die Regierungskoalition mit Prinz Ranariddh nicht nur bis zum Ende der Wahlperiode 1998, sondern bis zum Jahr 2010 fortführen. Unter der Führung König Sihanouks hätten sich alle Parteien mit Ausnahme der Khmer Rouge vereinigt. Diejenigen, die gegen die Regierung opponierten, bezeichnete Hun Sen als "Tiere" und "Polpotisten".

Neben Ranariddh und Hun Sen hat sich auch Informationsminister Ieng Mouly für die von ihm geführte Fraktion der Buddhistischen Liberaldemokratischen Partei (BLDP) dafür ausgesprochen, die Koalition nach den nächsten Wahlen fortzuführen. FUNCINPEC-Generalsekretär Prinz Sirivudh dagegen lehnte derartige Vorabsprachen ab, da sich die Wahlen dann als reine Show entpuppen könnten.

Vgl. PPP 6.10.95

Prinz Sirivudh unter Hausarrest

Wegen angeblicher Beteiligung an einem Putschversuch gegen den 2. Premierminister Hun Sen wurde Mitte November der frühere Außenminister, Prinz Norodom Sirivudh, unter Hausarrest gestellt. Sirivudh, ein Halbbruder König Sihanouks, ist zur Zeit noch Generalsekretär der Partei des 1. Premierministers Prinz Ranariddh und gehört außerdem für die FUNCINPEC der Nationalversammlung an. Aus Protest gegen die Politik der beiden Premierminister legte Sirivudh im vergangenen Jahr sein Amt als Außenminister nieder. Er gilt als Verbündeter des früheren Finanzministers Sam Rainsy,

der wegen seiner kritischen Haltung aus der Regierung und aus der Nationalversammlung entfernt worden war.

Laut Hun Sen soll Prinz Sirivudh Ende Oktober bei einem Gespräch im FUNCINPEC-Hauptquartier davon gesprochen haben, daß ein Mordversuch gegen Hun Sen bevorstehe, um die Geschichte Kambodschas zu verändern. Das Gespräch sei auf Tonband aufgezeichnet worden.

Beobachter halten die Vorwürfe Hun Sens gegen Sirivudh für unwahrscheinlich und weisen darauf hin, daß derzeit in wachsendem Maße Kritiker

an Korruption und Regierungspolitik in Kambodscha durch staatlich sanktionierten Terror eingeschüchtert oder ausgeschaltet würden. So könne auch der Hausarrest gegen Sirivudh ein Schritt zur Ausschaltung der letzten Oppositionellen darstellen. Nachdem auch internationale Menschenrechtsorganisationen immer wieder auf den wachsenden Abbau der Menschenrechte in Kambodscha hinweisen, bleibt zu hoffen, daß das Auswärtige Amt in Bonn jetzt auch seine bisher ablehnende Haltung zum Verbleib kambodschanischer Asylbewerber in Deutschland revidiert (vgl. SOAI 4/94).

vgl. FAZ 20.22.95; PPP 17.11.95

Plattform für neue Partei Sam Rainsys

Der frühere Finanzminister Sam Rainsy hat eine 10-Punkte-Erklärung vorgelegt, um die für Mitte November geplante Gründung seiner Partei der Khmer Nation vorzubereiten. Programmatische Schwerpunkte sind die Beendigung des Krieges mit den Khmer Rouge (KR) sowie die Aufhebung von Grenzveränderungen der letzten Jahre. Letztere hätten zugunsten aller Nachbarländer stattgefunden. Rainsy, der während des letzten Jahres sowohl aus der FUNCINPEC wie aus der Nationalversammlung ausgeschlossen worden war, gehört zu den populärsten Politikern des Landes. Er erklärte, daß er sich auf Unterstützung aus den Reihen der bisherigen FUNCINPEC bereits im Geiste verlasse.

Die Partei der Khmer Nation werde eine sihanoukistische Partei sein, die sich an Instruktionen des Königs halte. Zu den Prinzipien der neuen Partei gehörten außerdem die Förderung der sozialen Gerechtigkeit und gleicher Möglichkeiten für alle Kambodschaner, die Verbesserung der Menschenrechte, die Verringerung der Korruption, eine klare Einwanderungspolitik mit Kontrollen, die Beendigung der Rodung von Waldflächen sowie die Annullierung einiger Wirtschaftsverträge, die die Regierung mit ausländischen Firmen geschlossen habe.

Die Zukunft seiner Partei sieht Sam Rainsy in der Oppositionspolitik. Sollte die Partei an die Macht kommen, würden als erstes alle offensiv-

ven Militäraktionen gegen die KR gestoppt und eine Übereinkunft mit ihnen angestrebt. Ohne Waffenstillstand und ohne Teilung Kambodschas müsse eine Situation erreicht werden, die die Entwicklung der ländlichen Gebiete durch die Regierung erlaube und die Guerillas zur Aufgabe des Kampfes ermutige. Rainsy unterstützte Sihanouks Position, wonach KR-Führern wie Pol Pot keine Rückkehr ins politische Leben gestattet werden dürfe, andere jedoch eigene politische Parteien gründen könnten.

Die Finanzierung der neuen Partei Rainsys werde im wesentlichen durch Beiträge aus Übersee erfolgen und nicht durch Gelder aus Korruption oder Umwelterstörung.

Vgl. PPP 6.10.95

Partei Sam Rainsys für illegal erklärt

Trotz des Nachweises von 5000 Unterstützern für die am 9.11.95 offiziell gegründeten Partei Khmer Nation hat die Regierung in Phnom Penh die Organisation des früheren Finanzministers Sam Rainsy für illegal erklärt. Premierminister Ranariddh behauptete, die Zulassungsvoraussetzungen gemäß des von der UNO erlassenen Wahlrechts seien nicht erfüllt. Sam Rainsy wies dies zurück und erinnerte an Drohungen, die ihn zum Unterlassen der Parteigründung bewegen sollten. Drei seiner Unterstützer seien bereits ermordet worden.

vgl. PPP 17.11.95

Kurzmeldungen

Außenminister **Kinkel** traf, begleitet von Geschäftsleuten, Abgeordneten und Journalisten, mit den Premierministern Ranariddh und Hun Sen, König Sihanouk sowie Parlamentspräsident Chea Sim in **Phnom Penh** zusammen. Der dreitägige Besuch im November war der erste eines deutschen Außenministers in Kambodscha. (PPP 3.11.95)

Sihanouk ist gegen engere Beziehungen mit **Taiwan und Südkorea**. Der König verurteilte die Bestrebungen einiger Regierungsmitarbeiter, sowohl China als auch Taiwan anzuerkennen. Entsprechend der offiziellen UNO-Position gebe es nur ein China, und Taiwan sei ein Teil davon. (PPP 3.11.95)

Thai-Hilfe für Erziehungswesen Kambodschas. 3 Mio Baht werden laut Außenminister Kasem zur Verfügung gestellt und vor allem für die Verbesserung einer Grundschule in Phnom Penh verwendet. (BPW 22.9.95)

Die KR nahmen **Thai-Delegation unter Mörserbeschuß**, kurz nachdem diese an der Grenze, Reparaturarbeiten an der Eisenbahnverbindung Bangkok-Phnom Penh inspiziert hatten. Laut der Regierung in Phnom Penh, wollten die KR die Verhaftung von 10 ihrer Kämpfer rächen. (BPW 27.10.95)

Pen Sovan, **früherer Premierminister** der von Vietnam installierten Volksrepublik Kampuchea, zugleich Chef der Armee und des Politbüros der Revolutionären Volkspartei (heute CPP), verbüßte nach seiner Absetzung Ende 1981 über **10 Jahre in Haft**. Anlaß seines Sturzes war seine enge Verbindung zur Moskauer Führung, die innerhalb der Partei auf Kritik gestoßen war. Heute versteht sich Pen Sovan als Beobachter: Inzwischen sei die Korruption ein größeres Problem als die Khmer Rouge, denen er bis 1974 angehörte. (AW 27.10.95)



Führung der Khmer National Party (3. v.l. Rainsy)

aus: PPP v. 17.11.95, S. 3